



## Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

### Rede zur Einzelplan 7 (Integration und Flüchtlinge) des Haushalts 2019

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4408  
Fax: (0211) 884-3677  
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 28.11.2018

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die NRW-Koalition setzt mit diesem Haushalt in der Integrationspolitik das um, was sie versprochen hat. Wir werden die zusätzlichen Mittel des Bundes für die Integrationspauschale 2019 in voller Höhe von 433 Millionen Euro pauschal an die Kommunen weiterleiten. Das ist ein großer Schritt, um die Städte und Gemeinden bei der Integration vor Ort zu stärken.

Wir werden diese Mittel unbürokratisch nach dem bekannten Schlüssel verteilen und damit den unterschiedlichen Belastungen der Kommunen gerecht werden. Die Fraktionen von FDP und CDU zeigen damit, dass sie die Kommunen mit der Aufgabe der Integration nicht alleine lassen.

Die vorherige rot-grüne Landesregierung hatte weder in den Haushalten für 2016 und 2017 noch in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen, Mittel aus der Integrationspauschale des Bundes an die Kommunen weiterzuleiten. Das haben wir geändert: Für 2018 als erster Schritt mit 100 Millionen Euro, für 2019 mit der vollumfänglichen Weiterleitung der Bundesmittel.

Wir wollen den Städten und Gemeinden Planungssicherheit geben. Das können wir aber nur, wenn wir wissen, wie sich die Bundesbeteiligung in den folgenden Jahren gestaltet. Da erwarten wir verbindliche Zusagen aus Berlin.

Mit dem Asyl-Stufenplan der Landesregierung und der längeren Unterbringung von Asylsuchenden mit geringer Bleibeperspektive in den Landeseinrichtungen werden sich die Städte und Gemeinden künftig vorrangig auf die Integration der Menschen mit guter Bleibeperspektive konzentrieren können.

Bereits im Haushaltsplanentwurf waren 18,5 Millionen Euro zusätzlich für Betreuung und Verpflegung von Bewohnern der Landeseinrichtungen vorgesehen.

Mit den inzwischen im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen weiteren 100 Millionen Euro zur Stärkung des Asyl-Kapitels können wir die Umsetzung des Stufenplans vorantreiben. Wir wollen auch die Betreuung in den Landeseinrichtungen verbessern. Die zusätzlichen Mittel könnten so für bauliche Maßnahmen sowie Bildungs- und Freizeitangebote genutzt werden.

Zu einer geordneten Migrationspolitik gehört auch die Durchsetzung der Ausreisepflicht. Dabei hat für uns die Abschiebung derjenigen Personen höchste Priorität, die sich gar nicht integrieren wollen. Dies gilt insbesondere für Straftäter und Gefährder.

Wir stellen 12,6 Millionen Euro zusätzlich für den Ausbau der Zentralen Ausländerbehörden in allen fünf Regierungsbezirken zur Verfügung. Wir erhöhen die Mittel für Rückkehrberatung und Projekte zur freiwilligen Rückkehr um 3,7 Millionen Euro.

Wir haben zudem einen neuen Haushaltstitel eingerichtet, der Mittel zur Überwachung ausländischer Gefährder mit einer elektronischen Fußfessel vorsieht.

Die NRW-Koalition steht für eine konsequente Politik. Das gilt auch für die Förderung der Integration. Im Einzelplan 11 stellen wir 50 Millionen Euro für die Qualifizierung junger Geflüchteter und damit für den Übergang in eine Ausbildung und eine bessere Integration in Arbeit zur Verfügung. Wir werden auch die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse verbessern. Mit dem Weg in den Arbeitsmarkt eröffnen wir so die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe.

Zum Schluss möchte ich noch auf einen Antrag zum Haushalt eingehen, der mir besonders wichtig war. Wir ermöglichen die dauerhafte Einrichtung einer Koordinierungsstelle für den Dialog mit Muslimen in Nordrhein-Westfalen.

Wir brauchen eine arbeitsfähige Organisationsstruktur, mit der eine Neuausrichtung gegenüber der bisherigen Zusammenarbeit mit den großen Verbänden des organisierten Islams eingeleitet werden kann.

Wir wollen einen großen Kreis muslimischer Akteure einbinden und dabei auch liberalen und weltoffenen Muslimen stärker eine Plattform geben. Wir wollen so innermuslimische Aushandlungsprozesse stärken und die Lebenswirklichkeit von Muslimen besser in Blick nehmen. Dafür ist die Koordinierungsstelle als von den Verbänden unabhängige Stelle die Grundlage. Damit können wir die gelebte Integration von Muslimen in unserem Land verbessern.